

Seeheim-Jugenheim – Haushalt 2010

Haushaltsrede des Seeheim-Jugenheimer Bürgermeisters Olaf Kühn am 25. Februar 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Gemeindevertreterinnen und -vertreter,
sehr geehrte Damen und Herren,

Der Gemeindevorstand hat den Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2010 festgestellt. Er liegt der Gemeindevertretung nun zur Beratung und Beschlussfassung vor.

Die Hessische Gemeindeordnung gibt in vier Grundsätzen vor, wie die kommunale Haushaltswirtschaft zu planen und zu führen ist. Ich fasse verkürzend zusammen:

1. Die stetige Erfüllung der kommunalen Aufgaben muss gesichert sein.
2. Die Haushaltswirtschaft ist sparsam und wirtschaftlich zu führen.
3. Es wird vorgegeben, dass die kommunalen Finanzen auf Grundlage haushaltswirtschaftlicher Prinzipien, in unserem Fall nach den Grundsätzen des doppelten Rechnungswesens, gesteuert werden müssen.
4. Der Haushalt soll in jedem Jahr ausgeglichen sein.

Lassen Sie mich kurz auf diese vier haushaltswirtschaftlichen Grundsätze eingehen und zunächst mit dem Erfreulichen beginnen.

Die Gemeindeverwaltung hat zum dritten Mal einen „doppelten“ Haushaltsplan aufgestellt. Die zeitliche Planung konnte eingehalten werden. Gravierende EDV-Probleme wie noch im vergangenen Jahr gab es keine. Erstmals bildet dieser doppelte Haushaltsplan den vollständigen Planungszeitraum einschließlich des Ergebnisses des Vorjahres ab. Die Finanzabteilung hat in den Plan eine Fülle von Erläuterungen eingearbeitet, die das Verständnis, die Lesbarkeit und die Orientierung erleichtern. Zudem wurden Anregungen aus den Haushaltsgesprächen mit den Fraktionen aufgenommen. Die Teilergebnishaushalte der Produkte enthalten auf Sachkontenebene die wesentlichen Erläuterungen. Die investiven

Maßnahmen sind ausführlich dargelegt. Die auf die einzelnen Produkte entfallenden Stellenanteile wurden aufgeschlüsselt. Dass dieser Service keine Selbstverständlichkeit ist, wird einem bewusst, wenn man sich Haushaltspläne anderer Kommunen anschaut.

Aufgrund der nunmehr vorhandenen Erfahrung mit der Doppik ist beabsichtigt, die künftigen Haushalte nach den zeitlichen Vorgaben der HGO einzubringen. Zudem sind wir zuversichtlich, Mitte 2010 eine prüffähige Eröffnungsbilanz vorlegen zu können, die wiederum Voraussetzung für die Erstellung eines Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2008 ist.

Die anfänglich aufgeführten allgemeinen Haushaltsgrundsätze zielen darauf, dass die Handlungsfähigkeit einer Gemeinde im Sinne der im Grundgesetz und in der Landesverfassung garantierten Selbstverwaltung sichergestellt und gewährleistet werden kann. Die Erfüllung gesetzlicher Auflagen sowie ein Haushaltsausgleich setzen jedoch voraus, dass Kommunen in die Lage versetzt werden, die entstehenden Ausgaben aus ihren Einnahmen bezahlen zu können.

Diese elementare Rahmenbedingung ist gegenwärtig jedoch nicht gegeben. Die Bundesrepublik Deutschland erlebt die stärkste Rezession ihrer Geschichte. Jeder konnte in den letzten Monaten in der Presse verfolgen, in welcher dramatischer Weise die kommunalen Steuereinnahmen beim Bund, beim Land, bei den Kreisen und bei den Kommunen weggebrochen sind. Die Dachverbände der Städte und Gemeinden schlagen Alarm: „Kommunen liegen auf der Intensivstation“, „Städtische Finanzen nicht unter einer Lawine begraben“, „Der Pleitegeier lauert“, „Kommunen fordern Rettungsschirm“, „Finanzprobleme spitzen sich dramatisch zu – Hilferuf an Bund und Länder“, lauten beispielsweise Überschriften von Presseartikeln des Hessischen Städtetags und des Hessischen Städte- und Gemeindebunds.

Unterstützung von Bund und Land sind jedoch nicht zu erwarten. Die Landkreise, die sich in der gleichen prekären Finanzsituation wie die Kommunen befinden, hatten über den Hessischen Landkreistag die Landesregierung aufgefordert, die Begrenzung der Kreis- und Schulumlage aufzuheben. In seinem Antwortschreiben lehnt der hessische Innenminister dieses Ansinnen ab. Mit Hinweis auf die Steuermindereinnahmen aufgrund der Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise heißt es da:

„Ihre Einschätzung, dass die Landkreise diese Entwicklung durch Konsolidierungsmaßnahmen im eigenen Zuständigkeitsbereich nicht werden ausgleichen können, halte ich für zutreffend. Dies wird ebenso für viele

Gemeinden und Städte gelten.“ Ich zitiere weiter den Innenminister: „Weder beim Bund noch beim Land sehe ich Möglichkeiten, den Kommunen besondere Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, mit denen sie ihre Haushalte ausgleichen können. Das Ziel des Haushaltsausgleichs, an dem kein Zweifel bestehen darf, wird nur zu erreichen sein, wenn die Steuereinnahmen über einen längeren Zeitraum auf das Niveau von 2007 und 2008 ansteigen...“

Unter diesen widrigen Rahmenbedingungen kommt dem vierten in der HGO vorgegebenen haushaltswirtschaftlichen Grundsatz „Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit“ erneut große Bedeutung zu. Nur sind nunmehr die Einnahmeeinbrüche aufgrund zurückgehender kommunaler Finanzausgleichs-Masse, aufgrund erheblicher Minderung der Schlüsselzuweisungen und aufgrund zurückgehender Steuereinnahmen so dramatisch, dass auch mit weiteren Ausgabenreduzierungen und vertretbaren Einnahmesteigerungen die Defizite nicht mehr ausgeglichen werden können.

Zur Verdeutlichung: Planerisch müssen wir für Seeheim-Jugendheim davon ausgehen, dass die wir bei den Hauptsteuererträgen in diesem Jahr auf das Niveau von 2006 zurück fallen. Der Rückgang der Erträge korrespondiert aber in keiner Weise mit den Aufwendungen. Alleine die Kreisumlage hat sich zwischen 2006 und 2010 um etwa 200.000 Euro erhöht. Die Gehälter, die Energiekosten, die Verbrauchskosten und vieles mehr sind gestiegen. Hinzu kommen ständig neue gesetzliche Auflagen und zusätzliche Aufgaben, die auf die Kommunen runter gebrochen werden: Beispielsweise die neue Mindestverordnung für die Kindertagesstätten, die Einführung des Digitalfunks bei den Freiwilligen Feuerwehren, die Übertragung ehemals polizeilicher Aufgaben auf die kommunalen Ordnungsbehörden oder die Umsetzung von EU-Richtlinien wie die Anpassung der kommunalen Satzungen an die EU-Dienstleistungsrichtlinien und die Umrüstung der Straßenlaternen. Auch der Ihnen vorliegende über 100 Seiten starke Haushaltsplan ist ein recht gutes Beispiel dafür, wie sich die Standards in den letzten Jahren erhöht haben.

Wir haben bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs durchgerechnet, welche Möglichkeiten es zur Verbesserung der Ertragssituation gibt. Durch eine maßvolle Erhöhung der Grundsteuer oder durch Anhebung von Gebühren hätten wir das Haushaltsdefizit nur unwesentlich reduzieren können. Wir haben zudem darauf verzichtet, weil wir bei den gemeindlichen Steuerhebesätzen und auch bei den Gebühren im Kreisvergleich bereits recht hoch liegen und es meiner Ansicht nach in einer Wirtschaftskrise diesen Ausmaßes nicht geboten ist, Bürgerinnen und

Bürger finanziell noch zusätzlich zu belasten. Wir haben uns deshalb bei der Haushaltsplanung darauf konzentriert, die vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen, um unsere Aufwendungen zu reduzieren.

Erlauben Sie mir hierzu eine Anmerkung. Um den kommunalen Haushalt zu entlasten und um höhere finanzielle Belastungen der Bürgerschaft zu vermeiden, haben meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeinsam mit mir nach intelligenten Lösungen gesucht. Dazu zähle ich unter anderem die Überführung des kommunalen Horts in eine andere Trägerschaft, die Budgetierung der Kindertagesstätten, die Kooperation der Jugendpflege mit externen fördernden Einrichtungen, der Ausbau der unter Dreijährigenbetreuung in Kooperation mit freien Trägern und neuerdings das Bestreben, mit einer anderen Kommune einen gemeinsamen Standesamtsbezirk zu bilden.

Auch der Stellenabbau ist weiter voran geschritten. Hatten wir 2002 noch fast 168 Stellen, so sind es heute 24 Stellen weniger. Dieser Stellenabbau konnte nur dadurch aufgefangen werden, dass verwaltungsinterne Strukturen verändert und Arbeitsabläufe optimiert wurden. Trotz reduziertem Personalstand und trotz umfangreicherer Aufgaben sind wir heute in der Lage, ohne Qualitätsverlust Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu erbringen.

Aus eigener Kraft ist es uns aktuell aber unmöglich, in diesem Jahr einen Haushaltsausgleich zu schaffen. Sollte es sich abzeichnen, dass die Steuereinnahmen in absehbarer Zeit nicht das Niveau von 2007 und 2008 erreichen werden, wird die Kommune jedoch nicht daran vorbeikommen, all ihre Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Erträge auszuschöpfen. Konkret heißt das, an der Steuer- und Gebührenschaube zu drehen. Wie Sie den „kw-Vermerken“ im Stellenplan entnehmen können, sehen wir noch Einsparpotential im Personalbereich und auch das Thema „Interkommunale Zusammenarbeit“ wird über einen möglichen Standesamtsbezirk hinaus zu diskutieren sein. Nicht jede Kommune muss alles alleine machen. Wo es Sinn macht, können Aufgaben zusammengelegt werden, um Sach- und Personalkosten zu sparen. Man muss dann aber auch ehrlich sein: All diese Maßnahmen hätten zur Folge, dass Bürgerinnen und Bürger zum Einen mehr zahlen müssten und zum Anderen Dienstleistungen eventuell nicht mehr in der bisher gewohnten Form erbracht werden können.

Lassen Sie mich nun im Detail auf den Haushaltsplan 2010 eingehen, zuvor aber einen kurzen Rückblick auf die beiden Vorjahre geben.

Die Ergebnisrechnung 2008 wies einen zu erwartenden Überschuss im ordentlichen Ergebnis von rund 1.070.000 Euro auf, einschließlich des außerordentlichen Ergebnisses rund 1,4 Mio. Euro. Der Finanzmittelbestand zum 31.12.2008 betrug gemäß dem Saldo der Gemeinschaftskasse 3.867.773 Euro.

2009 schlugen erstmalig die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise durch. In der Ergebnisrechnung wird ein Fehlbetrag erwartet, der sich mindestens in Höhe des geplanten Defizits von rund 1,85 Mio. Euro bewegen wird. Hauptgründe waren die Einbußen beim Anteil an der Einkommenssteuer von rund 1,2 Mio. Euro sowie der Gewerbesteuer von rund 550.000 Euro. Diese Steuerausfälle waren auch nicht durch die Haushaltssperre aufzufangen. Der Finanzmittelbestand betrug laut Saldo der Gemeinschaftskasse zum 31.12.2009 nur noch 1.983.117 Euro.

Für den Haushalt 2010 müssen wir im Ergebnishaushalt aufgrund der Orientierungsdaten der Landesregierung nochmals einen Rückgang der Einkommenssteuer um 9% einplanen. Dies bedeutet für Seeheim-Jugendheim innerhalb von 2 Jahren einen Einnahmeverlust in Höhe von mehr als 2 Mio. Euro. Sollte der prognostizierte Einkommenssteuerrückgang so eintreffen, würde das bedeuten, dass die Ausgaben für die Kreis- und Schulumlage in 2010 allein durch den Einkommenssteueranteil der Gemeinde nicht mehr zu decken sind.

Eine negative Entwicklung wird auch für Gewerbesteuer erwartet. Mit rund 1,8 Mio. Euro würden wir auch hier auf das Niveau von 2006 zurück gehen. Zum Vergleich: 2007 lagen die Einnahmen bei etwas über 3 Mio. Euro und 2008 noch bei rund 2,3 Mio. Euro.

Weitere Ausfälle ergeben sich durch eine im Vergleich zu 2009 um 390.000 Euro geringere Schlüsselzuweisung und durch eine um rund 100.000 Euro niedrigere Gewinnausschüttung der Gemeindewerke.

Mit solchen Aussichten konfrontiert, blieb nur die Möglichkeit, den Rotstift anzusetzen. Wir haben verwaltungsintern insbesondere im Bereich der Sach- und Dienstleistungen Streichungen vorgenommen. Die Mittelanmeldungen wurden um rund 1 Mio. Euro reduziert, die Aufwendungen für die Sach- und Dienstleistungen liegen um rund 60.000 Euro unter dem Planansatz des Vorjahres. Abzüglich der Kosten für die Sanierung der Quaddelbach-Verdolung, die aufgrund der grundhaften Erneuerung der Ortsdurchfahrt Jugendheim notwendig wird, würden wir sogar 330.000 Euro unter dem 2009er Ansatz liegen.

Trotz der Kostenreduzierung, die leider auch dazu führt, dass notwendige Instandhaltungsmaßnahmen verschoben werden müssen, weist der Ergebnishaushalt im ordentlichen Ergebnis ein Defizit von 3.797.232 Euro aus.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage und der Wille zum Sparen spiegeln sich auch im Finanzhaushalt wider. Gegenüber den Vorjahren planen wir nur ein bescheidenes Investitionsvolumen in Höhe von 721.910 Euro. Die größten Posten sind hierbei die anteiligen Kosten für die Erneuerung der Frankensteiner Straße in Malchen sowie die Anschaffung eines Löschgruppenfahrzeugs für die Freiwillige Feuerwehr in Jugenheim. Von diesen Ausgaben sind rund 450.000 Euro nicht durch Einnahmen, beispielsweise aus Zuweisungen und Beiträgen, gedeckt. Gleichwohl ist keine Einplanung von Investitionskrediten erforderlich.

Der Jahresfehlbetrag im Finanzhaushalt beläuft sich planerisch auf rund 3,86 Mio. Euro. Die zur Verfügung stehenden Finanzmittel werden somit zum Ende des Jahres aufgebraucht sein. Da gegenwärtig nicht davon auszugehen ist, dass sich die Steuereinnahmen in 2011 deutlich verbessern werden, würde das bedeuten, dass die im kommenden Jahr anstehenden Investitionen nur über Kredite zu finanzieren sind. Diese unterliegen der Kontrolle und der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Hier von sind insbesondere auch die beiden Großprojekte „Kreissporthalle“ und „Ortsdurchfahrt Jugenheim“ betroffen. Die Finanzierbarkeit der Investitionen der Folgejahre muss daher in den Sachdiskussionen ein vorrangiger Aspekt sein.

Prognostiziert ergäbe sich bei einer unveränderten Haushaltsplanung in der Ergebnisplanung im Jahr 2013 noch ein Defizit von rund 1,6 Mio Euro ohne Berücksichtigung der auflaufenden Fehlbeträge der Vorjahre und im Finanzhaushalt ein Finanzmittelfehlbedarf von rund 10 Mio. Euro. Die Gemeinde muss daher in diesem Jahr wieder ein Haushaltssicherungskonzept vorlegen. Für die Konsolidierungsbemühungen der kommenden Jahre sind strukturelle Überlegungen, insbesondere eine umfassende Aufgabenkritik, die insbesondere die freiwilligen Leistungen einschließt, unabdingbar. Neben Einsparungen müssen, wie bereits thematisiert, Einnahmesteigerungen in den Gebührenhaushalten sowie im Bereich der kommunalen Steuern erwogen werden. Zur Vorlage von Konsolidierungsvorschlägen rege ich die Einrichtung eines Arbeitskreises an, der besetzt sein sollte aus Mitgliedern der Gemeindevertretung, des Gemeindevorstands und der Gemeindeverwaltung.

Lassen Sie mich abschließend feststellen:

Die gute finanzielle Situation ab dem Jahr 2007 wurde genutzt, um notwendige Projekte umzusetzen und Investitionen zu tätigen. Die Straßenzüge in der historischen Ortsmitte Seeheims wurden grundhaft erneuert und zu einem verkehrsberuhigten Bereich umgestaltet. In Balkhausen wurde mit dem Bau einer Buswendeschleife begonnen. In Jugenheim wurde das Dach der Bürgerhalle erneuert und darauf eine Fotovoltaikanlage errichtet. In Ober-Beerbach wurde der Ortsmittelpunkt neu gestaltet und es wurden, insbesondere zur Sicherung der Schulwege, Fußgängerpfade angelegt. Kräftig investiert wurde in den Betriebshof. Unter anderem wurde der Fuhrpark erneuert und ein zusätzliches, größeres Streusalzsilo angeschafft. Ohne diese Investitionen wäre der Winterdienst in diesem schneereichen Winter nur eingeschränkt möglich gewesen. Wir werden auch in 2010 noch genug umsetzen können. Die Gemeindewerke müssen die Kanalisation in der Frankensteiner Straße in Malchen erneuern. In diesem Zusammenhang wird auch die Straße saniert. Und dann sind die Konjunkturprogramme des Bundes und des Landes abzuarbeiten. Die energetischen Sanierungen zweier Kindertagesstätten sind bereits im Gange. Mit der Sanierung des dritten Kindergartens soll im Frühjahr begonnen werden.

Der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf ist ein nüchterner, auf das Wesentliche beschränkter Plan, der der aktuellen Finanzkraft der Gemeinde geschuldet ist. Die Haushaltssituation der Gemeinde wird vermutlich auch in den nächsten Jahren nicht rosig sein. Es gibt schönere Zeiten Kämmerer und auch Bürgermeister zu sein. In Zeiten, in denen es sehr wenig zu verteilen gibt, werden Bürger, Vereine, Gemeindemitarbeiter und auch Kommunalpolitiker noch stärker an dem Haushaltstischtuch zerren, um ein Teil von dem, was darauf liegt, zu bekommen. Als Bürgermeister habe ich aber dafür zu sorgen, dass nicht an einer Seite des Tischtuchs zu stark gezogen wird. Denn wenn etwas herunter fällt, sind das nicht nur meine Scherben, sondern die Scherben der Gemeinde insgesamt, also auch Ihre. Insofern bitte ich Sie als Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter um Unterstützung, wenn es darum geht, öffentlich deutlich zu machen, dass in der jetzigen Situation einiges Wünschenswerte nicht geht.

Allen Fraktionen biete ich auch in diesem Jahr wieder an, mich in Ihre Sitzungen einzuladen, um Detailfragen zum Haushalt zu beantworten.

Abschließend danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meiner Finanzabteilung, insbesondere Hr. Lässig, Hr. Koch und Hr. Ebert, für deren unermüdlichen Einsatz bei der Aufstellung des Haushaltsplans und für ihre Ratschläge.